

Inhalt

Vorwort	13
Einführung	
Das Bundesverfassungsgericht – ‚Machtvoller Vetospieler‘ gegenüber Legislative und Exekutive? – Eine politikwissenschaftliche Analyse	19
1 Einleitung	19
2 Die Selbstermächtigung des BVerfG zum Verfassungsorgan	19
3 Die Suprematie des BVerfG gegenüber ordentlicher Gerichtsbarkeit	20
4 Die prinzipielle Konkurrenz von BVerfG, Legislative und Exekutive	21
4.1 Die Sanktionsmöglichkeiten des BVerfG gegenüber Legislative und Exekutive	22
4.2 Das BVerfG als Ausgestalter und Fortschreiber politischer Grundlagen – Polity	23
4.3 Strategien des BVerfG für die Eigendarstellung und die Selbstdisziplinierung	25
4.4 Das Interesse der Opposition am BVerfG	26
5 Kritik am BVerfG	26
6 Das BVerfG als <i>policy maker</i>	27
6.1 Folgen der Entscheidungspraxis – Das BVerfG als Agenda-Setter	28
6.2 Die Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	28
6.3 Die Entscheidungspraxis des BVerfG am Beispiel der Steuergesetzgebung	29

7	Die Wahrnehmung des BVerfG in der Öffentlichkeit	34
7.1	Ein hoher Vertrauensvorschuss	35
7.2	Grenzen der verfassungsrichterlichen Macht	35
8	Zusammenfassung und Ergebnis	36
	Literatur- und Quellenverzeichnis	38

Bundesverfassungsgericht und Gesetzgebung

	Reaktion des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus am Beispiel des ‚Großen Lauschangriffs‘	45
1	Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	45
2	Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	49
2.1	Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	50
2.2	Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	53
3	Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	56
3.1	Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	56
3.1.1	Untersuchung der theoretischen Beispiele in Bezug auf präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr	57
3.1.2	Konsequenzen für die Polizei, wenn präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr gesellschaftlich anerkannt wäre	58
3.1.3	Plädoyer für ein absolutes Folterverbot – auch präventiv-polizeilich zur Gefahrenabwehr	59

3.2	Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	60
3.2.1	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	60
3.2.2	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in der politischen Diskussion bis zur Gesetzesänderung	63
3.3	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	66

Bundesverfassungsgericht und politische Parteien

	Das Parteiverbotsverfahren gegen die NPD	77
1	Einleitung	77
2	Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	80
2.1	Das Verhältnis von Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG	80
2.2	Die Voraussetzungen eines Parteiverbotsverfahrens	81
2.2.1	Der Begriff der politischen Partei	82
2.2.2	Der verfassungswidrige Zweck im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG	83
2.2.3	Die Zielsetzung des verfassungswidrigen Zwecks bzw. die Zurechnung des Verhaltens der Parteianhänger	86
2.3	Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens	88
2.4	Die unmittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung	91
2.5	Die mittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung und die Vollstreckung des Parteiverbots	92
2.6	Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland	94
3	Das Verfahren zu Vereinsverboten gemäß Art. 9 Abs. 2 GG	98
3.1	Die Voraussetzungen eines Vereinsverbotsverfahrens	98
3.1.1	Der Begriff der Vereinigung	99
3.1.2	Die Voraussetzungen eines Vereinigungsverbots	100

3.2	Der Ablauf des Vereinsverbotsverfahrens	104
3.3	Die unmittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	106
3.4	Die mittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	108
3.5	Bisherige Vereinsverbotsverfahren auf Bundesebene	109
4	Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG	112
4.1	Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	113
4.1.1	Die ‚Adressaten‘ der Grundrechtsverwirkung	114
4.1.2	Der ‚Kampf‘ gegen die FdGO	115
4.1.3	Der ‚Missbrauch‘ der FdGO	116
4.2	Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	117
4.3	Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	118
4.4	Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung	122
5	Bewertung der Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	125

Bundesverfassungsgericht und Sicherheitsverwaltung

	Zum Mythos der Unterscheidung ‚rein geistiger Wirkungen‘ und ‚rechtsverletzender Wirkungen‘, welche die Sicherheitsverwaltung nach dem ‚Wunsiedel-Beschluss‘ des Bundesverfassungsgerichts zu treffen hat	131
1	Einleitung	131
2	Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	133
3	Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	137
4	Quintessenz und Ausblick	140

Mehr Aufgaben auf Flughäfen und in Bahnhöfen für die Sicherheitsverwaltung durch das Bundesverfassungsgericht, welches das Demonstrationsrecht stärkt	141
1 Einleitung	141
2 Die Ausgangslage der gerichtlichen Entscheidung	141
3 Die Leitsätze	143
3.1 Erweiterung der unmittelbaren Grundrechtsbindung auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	143
3.2 Weitergehende Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Abfertigungshallen von Flughafengebäuden	147
4 Keine Begrenzung des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit auf öffentliche, der Kommunikation dienende Foren	148
5 Prognosen aus dem Urteil	149

Bundesverfassungsgericht, Bundesdesgerichtshof und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Das Bundesverfassungsgericht und der Bundesdesgerichtshof gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bei der nachträglichen Verlängerung der Sicherungsverwahrung	155
1 Ausgangssituation und Einleitung	155
2 Die Schutzfunktion des Art. 103 Abs. 2 GG	159
2.1 Die rechtsstaatlichen Garantiegehalte des Gesetzlichkeitsprinzips	160
2.2 Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots	162
3 Das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 Abs. 1 EMRK im Urteil des EGMR	164

Inhalt

3.1	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots nach Art. 7 EMRK	165
3.2	Die Legitimation von Freiheitsentziehungen nach Art. 5 EMRK	167
4	Abwägung zwischen ‚Täterschutz‘ und ‚Opferschutz‘	168
4.1	Rechtssystematische Abwägung	169
4.2	Sicherungsverwahrung im politischen Kontext	170
4.2.1	Entwicklung der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung im deutschen Strafrecht	171
4.2.2	Die ‚Präventionshaft‘ als Instrument zur Harmonisierung menschenrechtlicher Standards in Deutschland und Europa	178
4.2.3	‚Abschied vom Sicherheitswahn‘	180
5	Zusammenfassung und Prognose	183

**Bundesverfassungsgericht: Festhalten
am Brokdorf-Beschluss?**

	Das Bundesverfassungsgericht und der Bestand seines Brokdorf-Beschlusses bei der Entscheidung zur Rechtmäßigkeit eines Polizeikessels	187
1	Einleitung zur Problematik	187
2	Der Brokdorf-Beschluss und seine wesentlichen politischen Vorgaben	189
3	Die polizeiliche Einkesselung als Grundrechtsproblem	193
4	Die Beurteilung des vorliegenden Sachverhalts durch die BVerfG-Kammer	195
5	Kritische Bewertung des Kammerbeschlusses zum Polizeikessel und kurzer Ausblick	198
	<i>Autorenhinweise</i>	201